



ECKEHARD SCHULZ / AP

Protestierende Bombardier-Arbeiter (in Halle-Ammendorf)

INDUSTRIE

Aktion Holzmann-Ost

Angesichts der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt und des beginnenden Bundestagswahlkampfes hat Bundeskanzler Gerhard Schröder das Überleben von ostdeutschen Waggonbau-Werken der kanadischen Bombardier-Gruppe zur Chefsache gemacht. Nach einem Treffen mit betroffenen Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern am Donnerstag vergangener Woche ließ Schröder Bahnchef Hartmut Mehdorn ins Kanzleramt rufen, um zu klären, wie die Deutsche Bahn (DB) mit neuen oder vorgezogenen Bauaufträgen die Auslas-

tung der bedrohten Werke in Halle-Ammendorf (Sachsen-Anhalt) und Vetschau (Brandenburg) verbessern könnte. „Die Bahn verhandelt über Produkte und Qualität, aber nicht über Standorte“, widersetzte sich Mehdorn diesem Ansinnen. Die Bahn, deren Auftragsvolumen bei Bombardier (2001: 600 Millionen Euro) in diesem Jahr ohnehin steigen wird, will sich aus politischen Standortentscheidungen heraushalten. Mit dem Hinweis auf frisch zugesagte Bundesmittel für die DB will das Kanzleramt nun den Druck auf Mehdorn erhöhen. Schließlich gilt die Rettung der beiden Bombardier-Werke, deren Schließung 960 Arbeitsplätze vernichten würde, in der Koalition bereits als „Aktion Holzmann-Ost“ – in Anspielung auf die von Schröder inszenierte Rettung des Frankfurter Baukonzerns Philipp Holzmann vor zwei Jahren.

BINNENMARKT

Termin verpasst

Ein peinlicher Patzer ist der Bundesregierung unterlaufen: Finanzminister Hans Eichel hat die groß angekündigte Klage gegen die von der EU beschlossene Verschärfung der Schadstoff-Grenzwerte in Zigaretten einen Tag zu spät beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg eingereicht. Schuld waren unterschiedliche Meinungen innerhalb der Regierung. Die Juristen des EU-Parlaments und des Rates halten die Klage nun für unzulässig und haben beim Europäischen Gerichtshof beantragt, sie abzuweisen. Die Bundesregierung wollte mit ihrer Klage erreichen, dass in der EU Zigaretten mit höherem Giftgehalt produziert werden dürfen, wenn diese ausschließlich für den Export bestimmt sind. Die Kommission dagegen befürchtet Re-Importe von Zigaretten mit zu viel Schadstoffen in die EU. Sein Ziel, die Verlagerung von Zigarettenfabriken in Nicht-EU-Länder zu verhindern, kann Eichel mit Glück doch noch erreichen. Seit der vergangenen Woche lässt der britische High Court vom EU-Gericht prüfen, ob die Tabakrichtlinie nicht gegen EU-Recht verstößt. Mit der Regelung betreibe die EU Gesundheitspolitik, wofür sie keine Kompetenz habe. Die Berliner Regierung hat sich nun eilig dem britischen Vorstoß angeschlossen.



Eichel

INSIDER-HANDEL

Haftstrafe für Schmitz?

Dem Jungunternehmer Kim Schmitz, der wegen möglicher Insider-Vergehen im Gefängnis von München-Stadelheim sitzt, droht eine Haftstrafe bis zu fünf Jahren. Für den Münchner Oberstaatsanwalt Manfred Wick besteht „dringender Tatverdacht, dass sich Schmitz beim Handel mit Aktien der Internet-Firma Letsbuyit.com unter Ausnutzung von Insiderwissen um 1,192 Millionen Euro bereichert hat“. Am 24. Januar hatte Schmitz dem Vergleichsverwalter von Letsbuyit.com mitgeteilt, er sei bereit, 1,15 Millionen Euro in die Firma zu investieren. Noch am gleichen Tag kaufte er nach Erkenntnissen des Bundesaufsichtsamts für den Wertpapierhandel zwei Millionen Aktien für 375.000 Euro. Daraufhin meldete eine Nachrichtenagentur die Rettung des Unternehmens, der Aktienkurs

schoß in die Höhe. Am 25. Januar informierte Letsbuyit.com seine Aktionäre, die Eröffnung des Konkurses sei zurückgezogen worden, und der Firma werde Geld zufließen. Der Kurs stieg an dem Tag um knapp 200 Prozent, auch weil Schmitz unverbindlich erklärte, 50 Millionen Euro zu investieren. Tatsächlich verkaufte er in den folgenden Tagen die billig erstandenen Aktien für 1,568 Millionen Euro und vervierfachte seinen Einsatz. Schmitz fühlt sich zu Unrecht beschuldigt.



Schmitz

